



Entwicklungspolitisches Netzwerk
Hessen

EPN Hessen · Vilbeler Straße 36 · 60313 Frankfurt am Main

Geschäftsstelle Nachhaltigkeitsstrategie
HMULV
Mainzer Straße 80

65189 Wiesbaden

Entwicklungspolitisches
Netzwerk Hessen e.V.

Vilbeler Straße 36
D-60313 Frankfurt am Main

Telefon +49 / (0) 69-91 39 51 70
Telefax +49 / (0) 69-29 51 04

Internet www.epn-hessen.de
eMail info@epn-hessen.de

Nachhaltigkeitsstrategie Hessen
Aufforderung zur Einreichung von Projektvorschlägen

Frankfurt, 4. Oktober 2008

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen der hessischen Nachhaltigkeitsstrategie und unserer Einladung zur Teilnahme an der Konferenz bat die Hessische Staatskanzlei um die Einreichung von Projektvorschlägen, die im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie durchgeführt werden sollen.

Das Entwicklungspolitische Netzwerk Hessen (EPN Hessen) hat in seinem offenen Schreiben vom 4. August an Ministerpräsident Roland Koch deutlich gemacht, dass es das Ziel einer nachhaltigen, sozial gerechten, umweltorientierten und Ressourcen schonenden Entwicklung für Hessen tatkräftig unterstützt. Daher begrüßen wir die Dynamik, die die hessische Nachhaltigkeitsstrategie innerhalb kurzer Zeit gewonnen hat.

Allerdings sind wir der Überzeugung, dass die Nachhaltigkeitsstrategie mit einzeln abgegrenzten Projekten dem umfassenden Begriff der nachhaltigen Entwicklung nicht gerecht werden kann, solange diese nicht Teil einer umfassenden Strategie sind, die alle Bereiche des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens auf Nachhaltigkeit überprüft. Ohne einen vorhergehenden übergreifenden Dialog über strategische Ziele einer Nachhaltigkeitspolitik können Einzelprojekte nur unverbunden nebeneinander stehen.

Auf der zweiten Sitzung des Strategischen Koordinierungskreises wurde nun eine entsprechende quantifizierbare Indikatorenentwicklung in Angriff genommen, die Nachhaltigkeitsstrategie gewinnt dadurch deutlich an Substanz und Kohärenz.

Um das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung zu erreichen, bedarf es darüber hinaus einer grundlegenden Revision aller Politikfelder – Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Gesellschaft. Die Landespolitik muss umfassend an den Kriterien nachhaltiger Entwicklung überprüft und ausgerichtet sein. Dabei sollten diejenigen Politikfelder im Mittelpunkt stehen, in denen Hessen als Bundesland besondere Kompetenzen

und Handlungsmöglichkeiten besitzt: Bildung, Soziales, Migration/Integration, Beschaffung/Vergaberecht, Naturschutz/Energie, Verkehr/Mobilität.

Eine Nachhaltigkeitsstrategie benötigt Instrumente des Monitoring und der Überprüfung gemeinsam definierter Aktionsfelder und Faktoren, mit evaluierbaren Indikatoren und einer regelmäßige Fortschrittskontrolle. Zur künftigen Problemerkennung, Koordination, Effektivitätssicherung und Gewährleistung von Synergien müssen die staatlichen Organe in Hessen Monitoringstrukturen aufbauen und entsprechende Abstimmungsprozesse zwischen den Regierungsressorts einführen.

Nachhaltige Entwicklung: Beteiligung und globale Kompetenz

Nachhaltigkeit bedeutet, die Gesellschaft füreinander zu mobilisieren. Eine Gesellschaft der Teilhabe ist die Vision eines aufgeklärten und sozial gerechten Hessen, das die Herausforderungen und Probleme der Zukunft angehen und positiv umsetzen kann. Dabei bleibt Nachhaltigkeit nicht an Landesgrenzen stehen. Ohne das Engagement und die Expertise der globalen Entwicklungspartnerschaften der Bürgerinnen und Bürger fehlen jeder Nachhaltigkeitsstrategie der soziale Bezug und die globale Kompetenz zum Handeln. Nachhaltige Entwicklung braucht Beteiligung, ob in der Kommune, dem Bundesland, in der Schule oder im Betrieb. Die zivilgesellschaftliche Partizipation muss durch die Politik gestärkt und flankiert werden.

Nachhaltigkeit ist nicht umsonst zu haben. Eine Nachhaltigkeitsstrategie wird die impliziten und versteckten ökologischen und sozialen Kosten der modernen Konsumgesellschaft offen legen. Die Bereiche Armut und Ausgrenzung, soziale Gerechtigkeit und Teilhabe, Integration, Energieerzeugung, Flugverkehr, Konsum und Abfall, Nahrungsmittel und Transport liefern hierfür gute Beispiele. Die Landesregierung wird für die Erarbeitung und Umsetzung einer Nachhaltigkeitsstrategie entsprechende Mittel zur Verfügung und Förderprogramme einrichten müssen.

„Globalisierung“: Globale Partnerschaften und Entwicklungszusammenarbeit

Innerhalb der aktuellen Themenbereiche der hessischen Nachhaltigkeitsstrategie findet sich der Themenbereich „Globalisierung“. Er ist für die Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen – sowohl in der Bevölkerung als auch im globalen Maßstab – wesentlich: hier werden die staatlichen und zivilgesellschaftlichen internationalen Beziehungen gestaltet und gestärkt. Eine Nachhaltigkeitsstrategie muss in diesem Bereich durch engagierte Projektvorhaben wichtige Grundlagen schaffen.

Für den Themenbereich Globalisierung möchten wir folgende Projektvorschläge vorstellen:

1. Globale Partnerschaft und Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft

1.1 Landesweite Förderung globaler Entwicklungspartnerschaften und entwicklungspolitischer Bildungsarbeit

Hessen ist Teil einer global vernetzten Welt - die global vernetzte Welt ist Alltag in Hessen. Globalisierung führt nicht von sich aus zu einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Entwicklung und bedarf deshalb der aktiven gesellschaftlichen Gestaltung; sie setzt Meilensteine in der Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen. Die Nachhaltigkeitsstrategie der Landesregierung muss auch außerhalb Hessens Akzente setzen und die „Verletzbarkeit“ Hessens in der globalen Welt zur Kenntnis nehmen, z.B. hinsichtlich der Folgen internationaler Krisen oder Kriege, Umweltzerstörung, Klimaveränderungen oder menschenunwürdiger Arbeitsbedingungen.

Die Förderung der Entwicklungszusammenarbeit und Globalen Partnerschaften der hessischen Zivilgesellschaft durch die Landesregierung setzt Impulse für bürgerschaftlich geprägtes internationales Engagement, für Entwicklungspartnerschaften im Süden, für die Einübung eines friedlichen Miteinanders weltweit und ein weltoffenes, handlungsfähiges und aufgeklärtes Hessen.

Ziel:

Das Engagement der hessischen Zivilgesellschaft wird gefördert, weltweite Partnerschaften machen Hessen zu einem interkulturell weltoffenen und global kompetenten Land. Die Expertise der hessischen Wirtschaft wird ebenso nutzbar gemacht wie die Kompetenzen des Staates auf Ebene der Kommunen und des Landes. Die Aktivitäten von Migrant/innenselbstorganisationen in Hessen müssen mit ihrem Wissen, interkultureller Erfahrung und internationalen Partnerbeziehungen sichtbar werden.

Maßnahmen:

a) Durch eine Anhebung des Förderprogramms für Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit und entwicklungspolitischer Bildung (Inlandsarbeit) auf mindestens 600.000 Euro werden die Aktivitäten im Bereich Globaler Entwicklungspartnerschaften qualifiziert und entschieden gestärkt. Für die Bewilligung werden im Dialog mit der Zivilgesellschaft Kriterien entwickelt, die den Notwendigkeiten vor Ort und denen der Antragsteller gerecht werden.

b) Globales Lernen ist *das* Konzept für entwicklungspolitische Bildungsarbeit. Die Bildungsaktivitäten der Eine-Welt-Akteure in Hessen – eng verknüpft mit den Zielen der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ – bieten Lernerfahrungen über Themen der Einen Welt, vor allem aber haben sie zum Ziel, Grundfertigkeiten für eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft zu schaffen: interkulturelle Kompetenz, Wissen um Verfahren und Vernetzungen der globalen Welt, Handlungsautonomie. Diese Bildungsaktivitäten werden von der Landesregierung sowohl im formalen als auch im non-formalen Bildungsbereich gefördert.

c) Die Gründung eines Beirats für entwicklungspolitische Fragen (Verbände, Hilfsorganisationen, Ministerien, Fraktionen, Kirchen, EPN Hessen) sichert die Partizipation der Akteure und der Zivilgesellschaft. Der Beirat wird für die Erarbeitung der Bewilligungskriterien und anderer Konzepte für die EZ des Landes herbeigezogen.

d) Die Landesregierung stimmt ihre Aktivitäten im Rahmen Außenwirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit und EU ressortübergreifend und regelmäßig ab, dazu gehören neben den Ministerien für Kultus, Umwelt und Wirtschaft insbesondere die Bereiche Außenwirtschaftsförderung, Hochschulpartnerschaften, Messeprogramm, Kooperationsbüros, Entwicklungszusammenarbeit. Sie stellt dazu ein Konzept vor, das auf die Rolle und Verantwortung hessischer Aktivitäten in der Welt eingeht und strategische Leitplanken vorgibt. Außenwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit werden konzeptionell und organisatorisch wieder besser verknüpft. EPN Hessen ist bereit, hier in regelmäßigen Terminen eine beratende Funktion einzunehmen

e) Die Zusammenarbeit und gegenseitige Kooperationen zwischen entwicklungspolitischen Akteuren (Hilfsorganisationen, Kirchen, Migrant/innenselbstorganisationen, Projektpartnerschaften) und die landesweite Netzwerkarbeit wird durch eine entsprechende Unterstützung der Arbeit des EPN Hessen (Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen) gesichert.

f) Die Berechnung der ODA (Official Development Assistance) des Landes Hessen wird überprüft und regelmäßig veröffentlicht. Die sog. Studienplatzkosten werden zukünftig nicht mehr als Beiträge zur ODA aufgeführt, da deren Höhe willkürlich festgelegt wird, sie von der OECD nicht vorgesehen sind und keinerlei Entwicklungsrelevanz zeitigen.

g) Hessen setzt sich dafür ein, Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung auch in den globalen Strukturen und Institutionen (Bundesrat und Gremien der Bundesländer, EU, Kooperationsbüros der

Landesregierung) stärker zu verankern. Dies umfasst auch Fragen der sozial gerechten Gestaltung von Globalisierung. Die Bedeutung globaler Partnerschaften wird auch auf überregionaler und globaler Ebene kontinuierlich herausgestellt.

1.2 Nachhaltigkeit in den Kommunen. Lokale Agenda 21 und Globale Partnerschaften

Die Beteiligung und Mitwirkung der Kommunen stellt einen entscheidenden Faktor bei der Verwirklichung von Nachhaltigkeitszielen dar. Kommunen sind darüber hinaus der Ort, in dem Bürgerinnen und Bürger leben und wirken, in dem sie direkt Einfluss auf ihre Umwelt ausüben, in der ziviles Engagement real wird. Die Lokale Agenda 21 wurde 1992 auf der UN-Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro beschlossen und 2002 beim zweiten Weltgipfel in Johannesburg bekräftigt. Deutschland hat sich den Zielen und Themen der beiden Weltgipfel verpflichtet.

Ziel:

Die Landesregierung stärkt die Rolle der Kommunen im Rahmen von Globalen Partnerschaften, Partizipation, Bürgerhaushalten, Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit und insbesondere im Nachhaltigkeitsprozess „Lokale Agenda 21“.

Maßnahmen:

- a) Die Landesregierung nimmt Kommunen stärker als selbständige Akteure in der Implementierung von Nachhaltigkeitsprojekten wahr und schafft rechtliche und finanzielle Voraussetzungen für starke lokale Partnerschaften zwischen kommunalen Behörden, Stadtverwaltung und Bevölkerung
- b) Die Landesregierung nimmt ihre koordinierenden landesweiten Aktivitäten im Rahmen der Lokalen Agenda 21 wieder auf und fördert das Engagement der Akteure vor Ort
- c) In Abstimmung mit BMZ und den anderen Bundesländern wird ein Förderprodukt eingerichtet, das es Kommunen ermöglicht, in globalen und lokalen Partnerschaften Eine-Welt-Arbeit und Maßnahmen zur nachhaltigen kommunalen Entwicklung zu realisieren

2. Sozial und ökologisch verantwortliche öffentliche Beschaffung / Unternehmensverantwortung (CSR)

2.1 Einführung sozial und ökologisch verantwortlicher Kriterien in der öffentlichen Beschaffung

Immer mehr Länder und Kommunen sind bereit, ihre Einkaufspraxis zu überprüfen und soziale und ökologische Kriterien im Vergaberecht zu berücksichtigen. Die Bundesländer Bayern, Saarland, Bremen, Sachsen und Hamburg haben bereits entsprechende Beschlüsse verabschiedet.

Ob Getränke, Büromaterial, PKW, Blumen, Kleidung, Baustoffe, IT-Produkte oder Dienstleistungen: die öffentliche Hand muss sich zukünftig in allen Bereichen des Einkaufs an Produkten orientieren, die sozialen und nachhaltigen Kriterien entsprechen. Kommunen und Bundesländer, die sich für umweltfreundliche und sozial verantwortliche Produkte und Dienstleistungen entscheiden, tragen wesentlich zum Klimaschutz bei, fördern soziale Gerechtigkeit weltweit, verhindern Kinderarbeit und krankmachende Arbeitsbedingungen, unterstützen nachhaltige Wirtschaftsbranchen und bieten Anreize für die Industrie, umweltfreundliche Technologien zu entwickeln

Ziel:

Das Land, seine Institutionen und Behörden, werden in Hessen nur noch Produkte und Dienstleistungen einkaufen, die in ihrer Herstellung sozialen und ökologischen Mindeststandards genügen. Eine reformierte Vergabeordnung ermöglicht es den Beschaffungsorganen in Kommunen und Land, Produkte aus

regionaler und biologischer Produktion und/oder aus Fairem Handel einzukaufen; in der Produktion werden die ILO-Kernarbeitsnormen eingehalten und keine Kinder beschäftigt.

Maßnahmen:

a) Die Landesregierung ändert alle relevanten Gesetze, Durchführungsbestimmungen und Vorschriften in Hessen bzw. legt dem Landtag entsprechende Vorlagen zu Beratung und Beschluss vor.

b) Insbesondere Fortbildungen für die Angestellten in der Beschaffung und eine zielgerichtete und umfassende Information/Beratung für die Unternehmen sind Grundlage einer funktionierenden Reform öffentlicher Beschaffung. Die Landesregierung gewährleistet die umfassende Information der Bevölkerung und der Bediensteten in den Kommunen und Landesinstitutionen.

2.2 Förderung von Unternehmensverantwortung (CSR)

Staat und Politik stehen in der Verantwortung, gesetzliche Regelungen zu schaffen und durchzusetzen, damit soziale, ökologische und gesellschaftliche Nachhaltigkeitsziele erreicht werden.

Die Erwartungen an Unternehmen jedoch nehmen zu, ihrer Verantwortung für die Gesellschaft und Umwelt auch von sich aus gerecht zu werden (Corporate Social Responsibility, CSR). In einem auf globaler Ebene nicht mehr allein nationalstaatlich regulierbaren Wettbewerb wachsen Einfluss und Verantwortung der Unternehmensleitungen. Für die sozialen, menschenrechtlichen und ökologischen Auswirkungen, die mit der Produktion, dem Angebot und dem Kauf eines Produktes verbunden sind, müssen Unternehmen heute deutlicher Verantwortung übernehmen.

Ziel:

Kleine, mittlere und große Unternehmen sind sich Ihrer gesellschaftlichen Verantwortung für ökologische und soziale Auswirkungen im Einkauf, in der Produktion der Vermarktung der Produkte bewusst und leiten entsprechende Veränderungen für mehr Nachhaltigkeit in allen Unternehmensbereichen ein.

Maßnahmen:

a) Um eine Grundlage zu legen für die Förderung unternehmerischer Verantwortung in einer globalisierten Welt erstellt die Landesregierung ein Profil von CSR und definiert Verfahrensregeln. Dabei ist darauf zu achten, dass transparente Guidelines erstellt werden, die für alle Unternehmen Gültigkeit haben können. Insbesondere müssen auch kleine und mittlere Unternehmen Möglichkeiten für Umsetzungen erkennen können. In einem umfassenden Prozess werden die hessischen Unternehmen an das Thema herangeführt, Optionen, Vorteile, Problembereiche und Handlungsmöglichkeiten werden aufgezeigt. In dem Prozess beteiligen sich IHK's und Handwerkskammern mit dem Ziel, die Unternehmen besser für CSR zu sensibilisieren und ein entsprechendes Beratungsprofil vorzuhalten.

b) Die Handlungsfelder und –erfolge werden der Öffentlichkeit transparent gemacht, so dass im Sinne eines „best practise“-Modells zum einen weitere Unternehmen animiert werden, zum anderen die Unternehmen selbst wertgeschätzt werden und es nicht nur von ihrer eigenen PR-Arbeit abhängig ist, dass ihre Aktivitäten ein Echo finden.

c) Im Außenwirtschaftsberatungsprogramm der Landesregierung (bislang realisiert durch die hessischen IHK und Handwerkskammern) werden entwicklungspolitische Belange zukünftig berücksichtigt und die Verknüpfung/Kohärenz zu den entwicklungspolitischen Aktivitäten im Land gewährleistet. Die Wirtschafts- und Technologiekompetenz der hessischen Wirtschaft wird durch entsprechende Maßnahmen nutzbar gemacht für eine Stärkung der Entwicklungsprozesse der sog. Entwicklungsländer (Stichwort Know-How-Transfer).

3. Globales Lernen/Bildung für nachhaltige Entwicklung

Die Vereinten Nationen (UN) haben für die Jahre 2005 - 2014 die Weltdekade 'Bildung für nachhaltige Entwicklung' (BNE) ausgerufen. Damit folgt die Dekade einer Empfehlung des UN-Weltgipfels für Nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg. Ziel ist es, die Inhalte, Prinzipien und Methoden von BNE in den Bildungssystemen der Länder zu verankern.

Die Lebensweise in den Industrieländern ist durch hohen Konsum, hohe Ressourcennutzung, hohen Energieverbrauch, hohes Verkehrsaufkommen und hohe Abfallmengen geprägt. Die Weltmärkte sind verzerrt und führen zu Vorteilen der reichen Staaten. Das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung stellt die engen Beziehungen, die zwischen Lebensstil, Umweltqualität und einer weltweit gerechten Verteilung der Ressourcen bestehen, in den Vordergrund. Eine Bildung für nachhaltige Entwicklung muss daher an den derzeitigen Lebensstilen unserer Gesellschaft anknüpfen. Querschnittsthemen wie Fragen des Klimawandels, des Umgangs mit der Ressource Wasser, oder auch Energiefragen sind in diesem Zusammenhang genauso relevant wie die Frage nach weltweiter Entwicklung, sozialer Gerechtigkeit und Migration.

Mit ihrer Agenda folgt die UN Dekade den Prinzipien und Zielen des Globalen Lernens: Globales Lernen ist eine Antwort auf die Globalisierung und damit verbundene Herausforderungen, Möglichkeiten und Risiken. Es lässt sich durch vier Grundaspekte kennzeichnen:

- Horizontenerweiterung (Weltsicht) und Vernetzung
- Zukunftsorientierung
- Orientierung an universellen ethischen Prinzipien
- Öffnung der Lernformen

Globales Lernen verpflichtet sich damit auch auf TN-Zentrierung, auf Praxisrelevanz, auf verbesserte Handlungskompetenzen und Handlungsautonomie.

Der Nationale Aktionsplan 2008 für die UN-Dekade in Deutschland dringt darauf, die Ziele der UN-Dekade in allen Bildungsbereichen umzusetzen.

Ziel: Das umfassende Bildungskonzept der Bildung für nachhaltige Entwicklung / Globales Lernen wird in Hessen in allen Bildungsbereichen verankert; neben dem Umweltaspekt wird der Entwicklungsaspekt gleichrangig eingeführt.

Maßnahmen:

a) Die Ziele der UN Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und des Globalen Lernens werden auf allen Bildungsebenen (auch Berufsschule) in Hessen umgesetzt, Rahmenpläne und Curricula entsprechend ergänzt oder erneuert, Schulmittel und Bücher müssen bei Neubeschaffung die Ziele und Konzepte des Globalen Lernens vermitteln. Auch in der non-formalen Bildung (Jugendbildung, berufliche Fortbildungen, Erwachsenenbildung und Trägern der Berufshilfe / Kommunalen Ausbildungswerkstätten), der Kleinkinderziehung und den Universitäten wird „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ eingeführt und gelehrt. In der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrer/innen, Erzieher/innen und Pädagog/innen wird Wissen und Kompetenz für Globales Lernen vermittelt. Zentrales Instrument dazu ist der Orientierungsrahmen „Globales Lernen“, 2007 herausgegeben von der Kultusministerkonferenz der Länder und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, BMZ. Globales Lernen wird ausserdem thematisch und konzeptionell in die allmähliche Erweiterung der Schulen zu Ganztagschulen integriert.

b) Die Zusammenarbeit zwischen freien Bildungsträgern und Schule muss stark ausgebaut werden. Dadurch wird Schule mit gesellschaftlicher Kompetenz bereichert, im Ausbau zur Ganztagschule unterstützt und in den Lerninhalten und –methoden erweitert. Entwicklungspolitische Organisationen in Hessen sind Expert/innen der Bildungsarbeit BNE / Globales Lernen.: Durch ihre Erfahrungen in globalen Partnerschaften und die konkrete Projektzusammenarbeit in der Dritten Welt wissen sie aus erster Hand,

wie globale Prozesse vor Ort greifbar werden, wie sich die Zusammenhänge zwischen „hier“ und „dort“ in konkreten Problemen vor Ort manifestieren und wie nachhaltige Entwicklungsansätze gemeinsam erarbeitet werden können. Diese Erfahrung und die persönlichen Beziehungen ermöglichen hier in Hessen authentische Bildungsarbeit, mit anschaulichen Beispielen und einer Antwort auf das, was sich üblicherweise hinter dem unklaren Begriff „Globalisierung“ verbirgt. Für Maßnahmen der Zusammenarbeit von entwicklungspolitischen NRO in Schulen werden von Kultusministerium, Umweltministerium und EPN Hessen gemeinsame Leitlinien erarbeitet. Die Schulen erhalten in ausreichender Höhe Mittel für diese Bildungs-Zusammenarbeit und für Maßnahmen des Globalen Lernens.

Wir bitten Sie, diese Projektvorschläge für die Nachhaltigkeitsstrategie vorzulegen und deren Realisierung zu befördern. EPN Hessen versteht sich darin als beratendes Gremium, das seine Expertise und Erfahrung, auch vermittelt durch einzelne Mitgliedsorganisationen, einfließen lassen kann. EPN Hessen strebt dabei an, durch seine landesweiten Koordinierungs- und Vernetzungsfunktion die Kompetenzen der Organisationen und Arbeitsstellen vor Ort zu stärken.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas van Baaijen
Koordinator EPN Hessen